

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Schütte

Datum:
30.10.2020

Anfrage

Beschließendes Gremium:

Anfrage "Einsatz von Soldat*innen zur Nachverfolgung (Anfrage der DIE LINKE. Gruppe vom 30.10.2020, eingegangen am 30.10.2020, 13:11 Uhr.)"

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
Ö	26.11.2020	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Siehe Anfrage der DIE LINKE. Gruppe vom 30.10.2020, eingegangen am 30.10.2020, 13:11 Uhr.

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: Siehe Stellungnahme der Verwaltung.
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 - Ja
 - Nein
 - Teilhaushalt / Kostenstelle:
 - Produkt / Kostenträger:
 - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Anfrage der DIE LINKE. Gruppe vom 30.10.2020, eingegangen am 30.10.2020, 13:11 Uhr

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Eingang 30.10.2020, 13^{Uhr}
Sch

An den
Rat der Hansestadt Lüneburg
z.H. Fr. Klimmek
Rathaus
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

GRUPPE
im Rat der Hansestadt Lüneburg

Altenbrückertorstr. 2
21335 Lüneburg
Tel: 04131 – 28 43 346
stadtrat@dielinke-lueneburg.de

Anfrage zur Ratssitzung am 26.11.2020: Einsatz von Soldat*innen zur Nachverfolgung

Lüneburg, den 30.10.2020

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,**

die Gruppe DIE LINKE bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie wurden die Soldat*innen für die Kontaktverfolgung in Hansestadt und Landkreis Lüneburg rekrutiert: Wurden sie verpflichtet oder haben sie sich freiwillig für diese Tätigkeit gemeldet?
2. Für wie lange ist der Einsatz geplant?
3. Warum wurde sich entschieden, die Bundeswehr um Amtshilfe zu bitten?
4. Wurden personelle Alternativen geprüft? Warum werden nicht stattdessen Mini-Jobs (z.B. für Arbeitssuchende oder Studierende) geschaffen?
5. Wie werden die Soldat*innen vor ihrem Einsatz geschult? Erhalten die Soldat*innen vor ihrem Einsatz eine datenschutzrechtliche Schulung?
6. Wie wird sichergestellt, dass die Daten nur für die Kontaktverfolgung genutzt werden und nicht zu anderen Zwecken in Bundeswehr und Polizei (bis hin zu rechten Chatgruppen) eingesetzt werden?
7. Wie werden die eingesetzten Soldat*innen vor ihrem Einsatz auf eine mögliche rechtsextremistische Einstellung überprüft?

Begründung:

Die Bundeswehr wird laut Berichten u.a. der Landeszeitung vom 29.10.2020 seit dieser Woche im Zuge der Amtshilfe in der Hansestadt und im Landkreis Lüneburg bei der Kontaktverfolgung eingesetzt. Sechs Aufklärer-Soldaten des Lüneburger Aufklärungslehrbataillons 3 unterstützen das Kreisgesundheitsamt seitdem beim Nachverfolgen von Infektionsketten. Deutschlandweit werden zu diesem Zweck rund 2000 Bundeswehrsoldaten eingesetzt.

In der Kontaktverfolgung geht es um den Umgang mit sensiblen personenbezogenen Daten. Angesichts der öffentlich bekannt gewordenen rechten Umtriebe in diversen Bundeswehrkreisen stellt sich die Frage, ob der Einsatz der Bundeswehr hier nicht fehl am Platz ist. Hinzu kommt,

dass diese Maßnahme durch zahlreiche Bürger*innen zusätzlich als schleichende Militarisierung im Inland gesehen wird. Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat sich aus diesen Gründen bewusst gegen einen Einsatz der Bundeswehr zur Corona-Kontaktverfolgung entschieden.

Wir sehen die Gefahr, dass dieser Einsatz der Bundeswehr das Vertrauen der Bevölkerung in die notwendigen Corona-Schutzmaßnahmen beeinträchtigen und z.B. dazu führen könnte, dass zum Schutz der eigenen Daten vermehrt Fantasienamen und fiktive Daten in Gästelisten hinterlassen werden.



DIE LINKE. Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg